

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 59 (1979)
Heft: 2

Artikel: Aktuelle Probleme des Eurokommunismus
Autor: Timmermann, Heinz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163524>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Probleme des Eurokommunismus

Die drei eurokommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs verfügen über so beträchtlichen Einfluss, dass sie in mehr oder weniger starkem Masse bereits heute direkt oder indirekt die Politik ihrer Länder mitbestimmen: Die IKP als der Regierungsmehrheit, die KPSp als konstitutiver Teil des «Paktes von Moncloa» und die FKP als Bestandteil der Opposition, der bis zu den Märzwahlen 1978 gute Chancen zur Übernahme der Regierung eingeräumt wurden.

So sehr die Eurokommunisten die Politik ihres Landes beeinflussen, so sehr sind sie umgekehrt *selbst* der Dynamik ausgesetzt, die von ihrem nationalen und westeuropäisch-regionalen Umfeld auf sie einwirkt. Dazu tragen nicht zuletzt auch die zunehmend bohrenden Fragen der Sozialisten bei. Es ist sicher kein Zufall, dass sich das Verhältnis zwischen demokratischen Sozialisten und Eurokommunisten gerade in einer Periode eher *konfliktträchtig* gestaltet, in der sich für diese die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung abzeichnet.

Hier sei auf entscheidende Unterschiede verwiesen, die sich zwischen den italienischen und spanischen Kommunisten auf der einen und den französischen Kommunisten auf der anderen Seite ergeben. Denn wenn man unter «eurokommunistisch» eine Politik versteht, die zwar auf tiefgreifende Strukturreformen zielt, diese jedoch nur bei breiter innerparteilicher Diskussion schrittweise im Rahmen der bestehenden Verfassung und in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Parteien verwirklichen will, so können als Eurokommunisten eigentlich nur die beiden erstgenannten Parteien bezeichnet werden.

Als die FKP sich als Partei des revolutionären Bruchs mit der bisherigen Gesellschaft bedroht und in die Rolle des Juniorpartners gedrängt sah, betrieb sie im Vorfeld der Parlamentswahlen vom März 1978 ohne Konsultation der Mitglieder eine bewusste «Strategie der Niederlage» und zog sich erneut in ihren ideologisch-politischen «Bunker» (Althusser) zurück.

So gesehen hat die FKP auf nationaler und internationaler Ebene erneut Züge einer schon fast überwunden geglaubten «Gegengesellschaft» angenommen, die sie für gemeinsame Ansätze in Richtung auf demokratisch-sozialistische Transformationen bis auf weiteres ausfallen lässt.

Zur innerparteilichen Willensbildung

Ein zentraler Aspekt, der das Selbstverständnis der Parteien betrifft, ist die innerparteiliche Willensbildung, die auch bei den Eurokommunisten nach dem Prinzip des «demokratischen Zentralismus» funktioniert. Dieses Prinzip, das ursprünglich eine innerparteiliche Diskussion mit der geschlossenen Durchführung der Beschlüsse verbinden sollte, wurde in den kommunistischen Parteien seit Mitte der zwanziger Jahre einseitig im Sinne einer reibungslosen Befehlsgebung von oben nach unten praktiziert; es war ein zentrales Element der «Bolschewisierung» dieser Parteien nach sowjetischem Vorbild. Die Führung legte die politische Linie fest, kooptierte die Partiefunktionäre und unterdrückte jede echte innerparteiliche Diskussion. Der demokratische Zentralismus wurde zum Hauptinstrument der Verteidigung der jeweils herrschenden Führungsspitze und ihrer Auslegung von Auftrag und Taktik der Partei.

Dieses Verständnis der innerparteilichen Willensbildung ist nicht einfach ein organisatorisches Problem, sondern hängt eng mit dem ideologischen Vor- und Selbstverständnis der Parteien zusammen: In Parteien, für die nur *eine* Wahrheit und nur *ein* Weg zum Sozialismus existieren, kann es echte Diskussionen oder gar andere Auffassungen über die ideologisch-politische Linie nicht geben.

Hier setzt die Kritik nicht nur der Sozialisten, sondern auch stärker werdender kritischer Segmente innerhalb der eurokommunistischen Parteien selbst an.

Was die FKP angeht, so erhob sich Widerstand gegen die Parteilinie von zwei Seiten her. Der Vorschlag des XXII. Parteitags von 1976, den Begriff der «Diktatur des Proletariats» aus den Parteistatuten zu streichen, rief den Protest einer *orthodoxen* Gruppe um Althusser hervor, die darin den Verlust des revolutionären Charakters der FKP und ein Abgleiten auf revisionistische Positionen sah. Wesentlich grösser war die Zahl der Reformer, die wie Elleinstein nach den verlorenen Wahlen vom März 1978 ihre Stimme erhoben und der Parteiführung vorwarfen, den Hauptstoss gegen die Sozialisten gerichtet und aus parteitaktischen Gründen die Niederlage der Linken betrieben zu haben. Beide Gruppierungen trafen sich in der Forderung an die Parteiführung, zentrale ideologische und politische Probleme künftig breit in der Partei zu diskutieren und nicht wie bisher die Entscheidungen des engsten Führungszirkels von oben herab zu dekretieren.

Die Parteiführung lehnt derartige Neuerungen bis heute strikt ab. Zwar schloss die FKP seit Garaudy keinen Andersdenkenden mehr aus und lässt den Auseinandersetzungen an ihrer Basis heute relativ freien Lauf. Ein

ausgeklügeltes System mehrfacher Filterung sorgt jedoch weiterhin dafür, dass der Dissens nicht zur Herausbildung parteiinterner Tendenzen führt und bis in die höheren Partieiebenen durchschlagen kann.

Man muss jedoch zweifeln, ob es der FKP auf diese Weise gelingt, die aus der Gesellschaft kommenden neuen Impulse aufzunehmen und damit zu einem lebendigen und vorwärtstreibenden Teil dieser Gesellschaft zu werden. Zwar konnte die Partei ihre Mitgliederzahl auf über 700 000 steigern und damit innerhalb von zehn Jahren fast verdoppeln. Dieses Anschwellen dürfte jedoch nur der Entscheidung der Parteiführung entspringen, den um den harten Mitgliederkern angesiedelten FKP-Sympathisantenkreis in den Rang von Mitgliedern zu erheben. Hinzu kommt, dass sich unter den Mitgliedern Anzeichen von Resignation und Demobilisierung zeigen.

Die italienischen und spanischen Kommunisten sind dagegen bemüht, die traditionelle Theorie und Praxis des «demokratischen Zentralismus» zu überwinden und die breite Mitgliedschaft an den Diskussionen über die Parteilinie zu beteiligen. Kennzeichen der von Togliatti gegründeten «neuen Partei» sei es nämlich – so 1976 IKP-Organisationssekretär Cervetti –, «die Wünsche und Forderungen nicht nur der Arbeiterklasse und der Arbeitnehmer allgemein, sondern aller Bevölkerungsschichten zu erkennen» und in sich aufzunehmen. In einem Aufsatz seines spanischen Kollegen Balleseros heisst es, die KPSp weise die Vorstellung zurück, «die Massen und damit die Mehrheit der Gesellschaft» wären «ausschliesslich unter flankierenden Gesichtspunkten und damit in einer vollkommen passiven Rolle zu sehen»: Die Beziehung zwischen der Partei und den Massen sei «ungeheuer reich, voller Dynamik und Fruchtbarkeit». Beide Parteien tolerieren daher innerparteiliche Tendenzen, lassen in ihrer Presse unterschiedliche Ansichten zu Wort kommen und nehmen – vor allem die IKP – die Stärkung der regionalen Autonomie auf staatlicher Ebene zum Anlass, die bei der FKP streng verpönte horizontale Zusammenarbeit auf den verschiedenen Partieiebenen zu fördern.

Wenn die KPSp auf ihrem Parteitag vom April 1978 nicht nur kontrovers diskutiert, sondern auch eine Art Minderheitenschutz praktiziert hat, zog sie damit auch parteiorganisatorisch die Konsequenz aus der Erkenntnis, dass es unterschiedliche Wahrheiten geben kann und die Vertretung unterschiedlicher Auffassungen in der Partei durchaus legitim ist. Sie hat damit gleichzeitig signalisiert, dass sich die KPSp nicht mehr als die *einzige* Vertreterin der Arbeiterklasse betrachtet und dass die Vorhutrolle für sie kein Vorrecht und «keine von der Vorsehung bestimmte Mission» ist.

Eine solche Überlegung sowie die daraus gezogenen praktischen Konsequenzen, wie sie im Vorfeld ihres XV. Parteitags auch die IKP anstellt,

sind Anzeichen dafür, dass sich beide Parteien auf dem Wege der «Verweltlichung» befinden und sowohl die Glaubwürdigkeitslücke zwischen monolithischer Binnenstruktur und pluralistischer Gesellschaftskonzeption zu schliessen beginnen als auch die Chance wahrnehmen, die in einer echten Dialektik mit der Gesellschaft liegt.

Aspekte des gesellschaftlichen Transformationskonzept

Die FKP verstand sich bis in die sechziger Jahre hinein als eine *Gegengesellschaft* innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und entwickelte ein eigenes geschlossenes System von Normen, Hierarchien und Institutionen. Von der Machtübernahme de Gaulles 1958 wurde die FKP ebenso überrollt wie von der Mairevolte 1968, als sich der Drang nach Selbstverwirklichung teilweise auch gegen sie selbst entlud.

So gesehen war die Entscheidung der FKP-Führung von 1972, im Zeichen der Linksunion ein Bündnis mit den Sozialisten einzugehen und mit ihnen sogar ein komplettes Regierungsprogramm auszuarbeiten, ein Schritt nach vorn. Vielfach wurde dabei übersehen, dass dieser Schritt von vornherein mit einer Reihe von Bedingungen verknüpft war, die Marchais in seiner – zunächst geheimgehaltenen – ZK-Rede zur Begründung des Gemeinsamen Regierungsprogramms genannt hatte.

Die inhaltliche Bedingung ergab sich aus der Gesellschaftsanalyse der FKP. Sie geht davon aus, dass das System des «staatsmonopolistischen Kapitalismus» nicht durch Teilreformen aus den Angeln gehoben werden kann, sondern dass dazu ein rascher Bruch mit diesem System notwendig ist. Damit dieser Bruch tatsächlich vollzogen werden könne – dies die zweite Bedingung –, müsse die FKP ein starkes Gewicht in die Linksregierung einbringen, um zu gewährleisten, dass die Sozialistische Partei, die «in ihrer organisierten Form die sozialdemokratisch-reformistische Strömung repräsentiert», nicht in ihre alte Politik der Klassenkollaboration zurückfalle. All dies könne nicht vornehmlich durch parlamentarische Auseinandersetzungen erreicht werden, sondern durch die zusätzliche Entfaltung breiter ausserparlamentarischer Aktionen, d. h. nur dann, wenn «eine extrem starke und ständig wachsame Massenbewegung» zur Überwindung der von der Reaktion ausgehenden Opposition vorhanden sei und wenn es gelinge, «die Bewegung der Massen vorwärtszutreiben, zu lenken, zu organisieren und maximal zu entfalten».

Im Grunde lief also die Strategie der französischen Kommunisten nicht auf eine «Italianisierung» der Partei hinaus, wie viele Beobachter seinerzeit vermuteten. Vielmehr signalisierte sie ihren Versuch, ihren traditionellen Avantgarde-Anspruch auf zeitgemäße Weise zu realisieren.

Als die FKP wahrnahm, dass sie ihre Konzeption nicht durchsetzen konnte, verzichtete sie lieber auf die Chance einer Regierungsbildung mit den Sozialisten, als dass sie das Risiko eingegangen wäre, das Experiment einer Regierungsbeteiligung aus einer Position heraus zu wagen, die sie dazu verdammt hätte, Austerity-Massnahmen mitzutragen.

Es bleibt abzuwarten, ob der Widerspruch zwischen einer Transformationsstrategie, die von dem Konzept eines revolutionären Bruchs unter Führung der KP ausgeht, und einer Politik, die auf aktive Mitgestaltung in einer nichtrevolutionären Umwelt zielt, auf Dauer durchzuhalten ist. Die seit Jahren stagnierenden (und in den seit März 1978 abgehaltenen Nachwahlen z. T. stark rückläufigen) Wählerzahlen, die erwähnte Resignation vieler Mitglieder, schliesslich der wachsende Druck reformorientierter Kräfte innerhalb der Partei selbst – all dies deutet darauf hin, dass sich die FKP bei aller nach aussen zur Schau getragenen Einmütigkeit in einer tiefgreifenden Identitätskrise befindet, die eines Tages vielleicht sogar in eine tatsächliche Akzeptierung eurokommunistischer Grundprinzipien im eingangs definierten Sinne münden könnte.

Parteichef Marchais selbst gibt zu entsprechenden Überlegungen Anlass, wenn er auf einer ZK-Sitzung vom April 1978 selbtkritisch bemerkte, dass die Zeit zu kurz gewesen sei, um die praktischen Konsequenzen aus dem XXII. Parteitag von 1976 zu ziehen, und dass die Partei überhaupt die Veränderungen seit 1956 nicht genügend berücksichtigt und es versäumt habe, «*ihre Politik und ihre Theorie mit den gegenwärtigen Bedingungen in Einklang zu bringen (mettre à jour)*».

Die IKP unterscheidet sich von der FKP nicht zuletzt gerade dadurch, dass sie die 1956 offen aufgebrochene Krise in der kommunistischen Bewegung zum Anlass nahm, sich vom sowjetischen Revolutions- und Gesellschaftsmodell zu lösen und mit dem Konzept einschneidender Strukturreformen einen eigenen Weg zum Sozialismus einzuschlagen. In seinem Memorandum von Jalta (1964) hatte Parteichef Togliatti es als die Kernfrage für Italien (und übrigens auch für Frankreich) bezeichnet, «ob es den werktätigen Klassen möglich ist, im Rahmen eines Staates, der sein Wesen als bürgerlicher Staat nicht geändert hat, Machtpositionen zu erobern, und infolgedessen, ob der Kampf um eine fortschreitende Veränderung dieses Wesens von innen her möglich ist».

Diese Frage wird von den italienischen – seit einigen Jahren auch von den spanischen Kommunisten – positiv beantwortet. Denn so eindeutig für beide Parteien feststeht, dass es sich in Italien und Spanien nach wie vor um *Klassengesellschaften* handelt, so eindeutig sind sie im Gegensatz zur FKP der Ansicht, dass der demokratisch verfasste Staat heute nicht länger als blosser Agent des Kapitals und als institutionell gesicherte Klassen-

herrschaft der Grossbourgeoisie charakterisiert werden kann. Der Staat und seine Institutionen seien vielmehr umkämpft und könnten dazu dienen, über sie wichtige Sozial-, Mitbestimmungs-, Arbeits- und Bildungsfordernungen der Arbeitnehmer durchzusetzen und damit überkommene Klassenstrukturen abzubauen. In der Tat bietet die italienische Verfassung von 1948 mit ihren fortschrittlichen Aufträgen vor allem im Wirtschafts- und Sozialbereich der Arbeiterbewegung entsprechende Chancen, und einige Beobachter haben zu Recht bemerkt, dass eine schrittweise Erfüllung dieser Aufträge weitgehend mit der Trassierung eben jenes «dritten Weges» identisch wäre, den die IKP einschlagen will (angesichts des für die Linke ungünstigeren Kräfteverhältnisses ist die Verfassung Spaniens freilich weniger fortschrittlich ausgefallen).

An dieser Stelle ist es nicht nötig, das von IKP und KPSp verfolgte Konzept systemändernder Strukturreformen zu wiederholen. Hier soll nur kurz auf zwei Bereiche: auf ihr Engagement innerhalb des bestehenden Staates sowie auf ihre Bündnispolitik eingegangen werden, denn in beiden Bereichen zeichnen sich für die Kommunisten nach den mehr (IKP) oder weniger (KPSp) grossen Erfolgen der letzten Jahre inzwischen auch erhebliche Probleme ab.

Was das Engagement der IKP innerhalb des bestehenden Staates angeht, so drückt es sich zahlenmässig darin aus, dass die Partei heute Regierungsverantwortung in sechs von 20 – unseren Bundesländern vergleichbaren – Regionen, in 44 von 94 Provinzen sowie in den meisten Millionen- und Grossstädten nördlich von Neapel trägt – so in Rom, Mailand, Turin, Genua, Bologna, Venedig, Florenz und Neapel selbst. Nach dem Wahlerfolg von 1976 übernahm sie den Vorsitz in einer Reihe wichtiger Parlamentsausschüsse und stellte mit Vorstandsmitglied Ingrao den Kammerpräsidenten. Im März 1978 schliesslich wurde die IKP auch auf nationaler Ebene in die Regierungsmeerheit einbezogen und konnte damit ihren Einfluss auf die Innen-, Wirtschafts- und selbst auf die Aussenpolitik Italiens weiter verstärken. Wichtige politische Entscheidungen und Gesetzesvorlagen werden, bevor sie im Parlament eingebracht werden, von Politikern der die DC-Minderheitsregierung tragenden Parteien einschliesslich der Kommunisten vorberaten.

Die KPSp ihrerseits ist auf institutioneller Ebene zwar bisher kaum vertreten – nicht zuletzt deshalb, weil im kommunalen Bereich noch immer die in der Franco-Zeit eingesetzten Bürgermeister regieren. Immerhin aber ist sie Teil der Regierung («Generalidad») der wichtigen autonomen Region Katalonien (mit der Hauptstadt Barcelona), wo sie bei den Wahlen vom April 1977 17 % der Stimmen erhielt, und wird zu wichtigen Fragen von der Madrider Regierung konsultiert.

Auch hier jedoch zeichnen sich für die Kommunisten Probleme ab – andere freilich als bei der FKP. Während es bei der FKP die *Verweigerung* der Regierungsverantwortung ist, die der Partei an der Basis Schwierigkeiten bereitet, ist es bei IKP und KPSp umgekehrt gerade die *Übernahme* von Verantwortung, die sie vor Probleme stellt. Beide Parteien verstehen «Austerity» übrigens nicht als einen Sozialpakt, der den politischen und sozialen Status quo und damit das bestehende Kräfteverhältnis zwischen den Klassen festschreibt. Austerity im Sinne eines positiven Krisenmanagements bedeutet für sie neben einer gleichmässigen Verteilung der Lasten auf alle Gesellschaftsschichten sowie einer Modernisierung des Produktionsapparats auch einen Ansatz, die organisierte Arbeitnehmerschaft stärker an den über den Staat vermittelten wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu beteiligen und schon heute «einige Elemente des Sozialismus in die Funktionsweise der Wirtschaft und der Gesellschaft einzuführen».

Die Gefahren, die sich für Parteien ergeben, die wie die IKP und die KPSp angetreten sind, um die Gesellschaft zu ändern, liegen auf der Hand: Demobilisierung oder Radikalisierung der eigenen Mitgliederbasis, die die Partei nur noch in der Funktion einer Ordnungsmacht sieht; Erosion der Wählergefolgschaft, wie sie sich seit 1976 in Kommunal- und Provinzialwahlen vor allem in Südalitalien abzeichnete; wachsende Divergenzen mit den Gewerkschaften, schliesslich das Entstehen eines Unzufriedenheitspotentials links von der KP, das sich ausserhalb der kommunistischen Partei zu formieren droht.

Als «Partei der Regierung und des Kampfes», wie sie sich seit Togliatti versteht, befindet sich die IKP bei ihrem Weg zum Sozialismus auf einem zunehmend eng und unsicher werdenden Pfad.

Gleichwohl spricht vieles dafür, dass die IKP den einmal eingeschlagenen Kurs des «revolutionären Reformismus» im Prinzip fortsetzen wird – nicht zuletzt in der Erwartung, mit der angestrebten *direkten* Regierungsbeteiligung ihre spezifischen Ziele konsequenter durchsetzen zu können.

Diese Bündniskonzeption, die sich in wichtigen Aspekten bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückverfolgen lässt, ist auf der einen Seite sicher stark *taktisch* motiviert – insofern nämlich, als die IKP davon ausgeht, dass der Versuch einer Übernahme der Regierung mit dem Ziel einschneidender Strukturreformen zum Scheitern verurteilt ist, wenn er auf einen massiven Widerstand nationaler und internationaler Kräfte stösst. In das breite politische und soziale Bündnis aller reformorientierten Kräfte müssen daher nach Ansicht der Kommunisten auch die Kräfte katholischer Inspiration und hier vor allem die Christlichen Demokraten einbezogen werden: Nicht nur, weil damit eine gefährliche innenpolitische Polarisierung mit der Gefahr reaktionärer Rückschläge vermieden wird, sondern

auch, weil das Zusammengehen mit der DC geeignet ist, die IKP im westlichen Bündnis (USA, Bundesrepublik) zu legitimieren.

So stark unterscheidet sich die Bündniskonzeption der IKP bereits in ihrer taktischen Motivation von derjenigen der FKP, die die Konstellationen des nationalen und internationalen Umfelds in ihre Überlegungen allenfalls am Rande mit einbezieht und die keine Bedenken hat, mit 51 Prozent der Mandate zu regieren.

Noch stärker werden die Unterschiede, wenn man sich die *grundlegenden* Überlegungen beider Parteien zur Bündnispolitik anschaut. Die FKP erhebt den Anspruch, als Vorhut der Arbeiterklasse Dynamik und Richtung des gesellschaftsändernden Prozesses zu bestimmen; sieht sie diesen Anspruch gefährdet, so neigt sie dazu, sich aus dem Bündnis zu lösen und den bisherigen Partner als den eigentlichen Gegner zu bekämpfen.

Die IKP – und ähnlich auch die KPSp – erheben einen solchen Führungsanspruch heute nicht mehr. Vielmehr verstehen sie sich als politisch organisierter *Teil* der arbeitenden Klassen, die auch von anderen Kräften – in Italien nicht nur von den Sozialisten, sondern auch von der DC – vertreten würden und mit denen man in einem langfristig angelegten («historischen») Bündnis zusammenarbeiten müsse.

Ausblick

So problematisch eine Regierungsbeteiligung von Kommunisten in Italien, Frankreich oder Spanien für den Westen wäre, so deutlich zeigt sich umgekehrt auch, wie stark der Veränderungsdruck ist, dem die kommunistischen Parteien selbst in einer solchen Perspektive ausgesetzt sind. Die FKP ist, bei aller Anpassung an die nationalen Bedingungen in ihrer Revolutionsstrategie, noch stark leninistisch orientiert. Solange sich daran nichts ändert, sind die Aussichten der Linken, die Regierung zu übernehmen, sehr gering. Auch mit den demokratischen Sozialisten werden sich daher – etwa im direkt gewählten Europa-Parlament – keine Konvergenzen ergeben.

Die IKP dagegen ist Teil der die Regierung tragenden Mehrheit; ihre direkte Regierungsbeteiligung scheint nur noch eine Frage der Zeit. Die innenpolitischen Auswirkungen einer solchen Entwicklung sind nicht exakt zu prognostizieren. So ist es beispielsweise schwer zu beurteilen, ob nicht politische und bündnisstrategische Rückschläge, wirtschaftliche Notlagen sowie aussenpolitische Konfliktsituationen den Anstoss zu folgenschweren Kursänderungen geben.

Trotzdem vertreten auch angesehene nichtsozialistische Politiker, wie La Malfa (PRI) und einige profilierte Zaccagnini-Gefolgsleute in der DC-

Führung, die Auffassung, dass eine direkte Regierungsbeteiligung der IKP eher positive Auswirkungen für die seit Jahren kritische Situation des Landes haben würde, da sie geeignet ist, die politische, wirtschaftliche und soziale Lage zu stabilisieren und den Konsens für eine demokratisch fundierte Reformpolitik zu erweitern. Schon die bisherige Einbeziehung der Kommunisten in die Verantwortung hat sich in diesem Sinne ausgewirkt: Sie hat dazu beigetragen, die nach der Ölpreiskrise von 1973 beschleunigte Wirtschaftskrise aufzufangen und 1978 sogar in einen – wenn auch bescheidenen – Aufschwung umzukehren. Dies wäre kaum möglich gewesen, wenn der überwiegende Teil der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung abseits gestanden oder sogar Obstruktion betrieben hätte.

In diesem Zusammenhang gewinnt die westeuropäische Ebene zunehmend an Bedeutung, denn bei allen historisch bedingten und ideologischen Unterschieden zeichnen sich gewisse Konvergenzen zwischen den italienischen (und spanischen) Kommunisten und den demokratischen Sozialisten ab. Das gilt nicht nur für die Absicht, die politische Demokratie mit der ökonomischen Demokratie zu verbinden; das gilt ebenso für ihr Bestreben, die wirtschaftliche und politische Integration der EG selbst mit dem Ziel demokratisch-sozialistischer Transformationen voranzutreiben. Wie eng dabei die nationale und die transnationale Ebene schon heute verbunden sind, kam in einem interessanten Hinweis des DC-Ministerpräsidenten Andreotti zum Ausdruck: Andreotti meinte, es wäre vielleicht möglich, die Kommunisten in Italien dann noch weiter in die Regierungsverantwortung einzubeziehen, wenn sie im Europa-Parlament in eine demokratisch-sozialistische Gruppierung integriert werden könnten.



Ovomaltine

um mehr zu leisten

Um im Alltag und Sport fit zu bleiben, ist eine ausgewogene Ernährung besonders wichtig. Ovomaltine ist die ideale Mischung von all dem, was stärkt und verbrauchte Energie ersetzt. Darum ist Ovomaltine gut und gibt das Beste zu einem guten Tag.

WANDER